

Stellungnahme der Bundesregierung zu dem Schlussbericht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR

Die Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR (UKPV) legt hiermit ihren Schlussbericht vor. Der Bericht umfasst die Tätigkeit und den Stand der Aufgabenerledigung der UKPV für den Zeitraum 1990 bis 2006.

Die UKPV hat bereits in den Jahren 1996, 1998 und 2004 Teilabschlussberichte bzw. Nachtragsberichte an den Deutschen Bundestag (Drucksachen 13/5376, 13/5377, 13/11353 und 15/1777) erstattet.

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass die Einrichtung und Tätigkeit der UKPV erfolgreich war.

So konnten seit Ende 1990 rund 1,6 Milliarden Euro Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR ermittelt und unter treuhänderische Verwaltung der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Aufgaben gestellt werden. Dieses Vermögen wurde zu Recht den betroffenen Institutionen ganz überwiegend nicht wieder zur Verfügung gestellt, da sie es nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen erworben hatten. Auf diese Weise konnte die Chancengleichheit zwischen den politischen Parteien wieder hergestellt werden. Das ist eine große Leistung der Tätigkeit der UKPV.

Soweit die Vermögenswerte nicht den früheren Berechtigten zurückgegeben wurden, wurden sie zu gemeinnützigen Zwecken in den neuen Bundesländern eingesetzt. Dadurch wurde ein wesentlicher Beitrag für die Entwicklung der neuen Bundesländer geleistet. Durch die Zuführung eines großen Betrages in das Stiftungsvermögen der Stiftung Aufarbeitung wird gewährleistet, dass die wichtige Aufgabe der Aufarbeitung der SED-Diktatur auch in Zukunft umfassend wahrgenommen werden kann.

Soweit zukünftig noch Vermögenswerte ermittelt werden, ist durch das von der Bundesregierung eingebrachte Gesetz zur Auflösung der UKPV (BR-Drs. 355/06) gewährleistet, dass diese auch nach Auflösung der UKPV sichergestellt und entsprechend der bisherigen Regelung verwendet werden.

Die Bundesregierung dankt dem Vorsitzenden der UPKV und allen Mitgliedern der UKPV sowie allen Mitarbeitern des Sekretariats der UKPV für ihr großes und erfolgreiches Engagement bei der Ermittlung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR.

Der Deutsche Bundestag wird gebeten, den Schlussbericht der UKPV zur Kenntnis zu nehmen.